

Nicole Krengel - Wtrlt: Anfrage Grünabfallentsorgung!

---

Von: Buergermeisterin  
An: Lehmann, Carsten  
Datum: 25.02.2016 14:35  
Betreff: Wtrlt: Anfrage Grünabfallentsorgung!  
CC: Alparslan, Engin; Ries, Heike; Krengel, Nicole

---

Bitte für Dez III Besprechung als Top aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag



Anja Püschel  
Vorzimmer Bürgermeisterin  
Kaiserstraße 85  
42781 Haan

Tel.: 02129/911-101  
Fax: 02129/911-102  
[Anja.Pueschel@stadt-haan.de](mailto:Anja.Pueschel@stadt-haan.de)

>>> Wolfram Schneider-Mombaur

25.02.2016 11:13 >>>

Sehr geehrte Frau Dr. Warnecke,

bereits im April 2011 hatte ich auf die Problematik der Grünabfallentsorgung (Frühjahr/Herbst) in der „GARTENSTADT“ Haan in einem Bürgerantrag hingewiesen: (s.u.)

Der Antrag wurde abgelehnt!

Ich wende mich heute noch einmal mit der gleichen Bitte an Sie (muss es denn ein Bürgerantrag sein?), eine angemessene Gartenstadt-Lösung anzustoßen. Könnte für das kommende Frühjahr der Bauhof eine Idee entwickeln? Ich füge als Information einen Zeitungsartikel über die Vorgehensweise der Stadt Solingen bei.

Natürlich betrifft das Thema hauptsächlich Bürger mit Gartengrundstücken. Das entsprechende „Klassenkampfangument“ dazu kenne ich bereits aus Reaktionen auf den damaligen RP-Artikel. Trotzdem bin ich nicht klug genug, meine neue Bürgermeisterin erneut auf das „Problem“ hinzuweisen, in der Hoffnung auf eine praktikable Lösung schon für das kommende Frühjahr mit Heckenschnitt etc. .

Danke für Ihr Interesse.

Mit besten Grüßen

Wolfram E. Schneider-Mombar

Bürgerantrag

durch:

Wolfram E. Schneider-Mombaur

Betr.: Abfallentsorgung. Hier: Grünabfälle.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Rat der Stadt Haan,

immer wieder lese und sehe ich, dass die Stadt Haan den Zusatz "Gartenstadt" gerne und werbewirksam einsetzt in Broschüren, Werbemaßnahmen und Veröffentlichungen. Auch die Presse ( RP 4.4.2011: ..."Weil Haan als Gartenstadt bekannt ist, dominiert künftig die Farbe Grün die Stadtbücherei.....") verwendet diesen Zusatz gezielt. Die Stadt Haan nutzt dieses "Etiket" bundesweit auf Immobilien-, Investoren- und sonstigen Messen als Argument (Lebensqualität Haan) zur Anwerbung von Unternehmen oder Neubürgern. Das "grüne" Argument ist zeitgemäß und wirkungsvoll.

Die Stadt wünscht sich von ihren Bürgern, dass sich das Stadtbild "grün" präsentiert. Dazu leistet die Verwaltung mit den Aktivitäten des Gartenamtes (auch Steuergelder der Bürger) einen großen Beitrag.

In der täglichen Realität allerdings klafft eine Lücke zwischen Wunsch und praktischer Wirklichkeit.

Die Aufforderung an die Haaner Bürger, durch "Eigeninitiative" Baumscheiben zu bepflanzen und Grünflächen zu pflegen, steht im Gegensatz

zur städtischen Unterstützung bei der Möglichkeit einer **bürgerfreundlichen** Entsorgung des anfallenden Grünabfalls.

Der "schöne" Hinweis auf die Möglichkeit, eine zweite oder größere Abfalltonne zu bestellen (beim Anfall größerer Mengen in Gärten etc.), klingt wenig bürgernah.

Speziell im Frühjahr und Herbst sind die Mengen an Laub, Grünschnitt und Rasenabfällen (nicht nur bei großen Gärten) durch die normale braune Tonne nicht zu lösen und die kostenpflichtige Abgabe bei ortsansässigen Abfallentsorgern unter den o.g. Aspekten einer Gartenstadt nicht angemessen.

Die Nachbarstädte zeigen hier einen anderen Umgang mit ihren Bürgern. Selbst dort, wo ein Nothaushalt greift.

So wird in **Solingen** im Frühjahr und Herbst zeitlich begrenzt an Wochenenden eine Grünabfallannahme kostenlos dem Bürger auf einem öffentlichen Platz angeboten.

In **Erkrath** ist die Entsorgung seit Jahren bei der Firma Schönmakers kostenlos möglich.

**Hilden** bietet an Sonnabenden die kostenlose Entsorgung auf dem Bauhof und zusätzlich kostenfreie braune Müllsäcke.

In **Mettmann** ist die Abgabe jederzeit ohne Kosten auf dem Bauhof möglich (Personalausweis oder Umweltausweis).

Beim Neubau des Bauhofes Haan wurde eine solche Möglichkeit nicht realisiert. Vielleicht etwas kurz gegriffen...

Mein Antrag:

Ich beantrage eine kostenfreie Entsorgung privater Grünabfälle für Haaner Bürger auf einem kontrollierten Gelände oder dem Bauhof (Nachweis durch Personalausweis) - zumindest in Frühjahr und Herbst.

Dieses würde auch die "Wildentsorgung" am Rande von Wiesen und Feldern in der Nähe von Wohngebieten in Haan reduzieren.

Meine Informationen aus der Haaner Bürgerschaft deuten auf eine breite Unterstützung hin.

Mit freundlichen Grüßen  
Wolfram E. Schneider-Mombaur

Wolfram E. Schneider-Mombaur



Beratungsfolge Vorlage ist für alle hier angegebenen Sitzungen bestimmt	Sitzungstermin
Planungs- und Umweltausschuss	13.09.2011
Haupt- und Finanzausschuss	11.10.2011

## **Bürgerantrag zur Grünabfallsammlung**

### **Beschlussvorschlag:**

Dem Bürgerantrag von Herrn Wolfram E. Schneider-Mombaur zur kostenfreien Entsorgung privater Grünabfälle für Haaner Bürger wird nicht gefolgt.

### **Sachverhalt:**

#### **Anlass der Vorlage**

Herr Wolfram E. Schneider-Mombaur hat den anliegenden Bürgerantrag zur Entsorgung privater Grünabfälle in Haan gestellt. Er beantragt "eine kostenfreie Entsorgung privater Grünabfälle für Haaner Bürger auf einem kontrollierten Gelände oder dem Bauhof (Nachweis durch Personalausweis) – zumindest in Frühjahr und Herbst." Weitere Ausführungen in seinem Antrag sind der Anlage zu entnehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Bürgerantrag mit Beschluss vom 17.05.2011 zur Beratung an den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

#### **Stellungnahme der Verwaltung**

Zu dem vorliegenden Bürgerantrag ist nicht vorrangig zu entscheiden, wann, wo und wie zukünftig private Gartenabfälle angenommen werden, sondern zunächst, ob überhaupt eine "kostenfreie" Entsorgung ermöglicht werden soll. Kostenfrei bedeutet im Sinne des Antragstellers ja lediglich, dass der Bürger bei der Anlieferung von Gartenabfällen nichts bezahlen muss. Die entstehenden Kosten wären von der Stadt zu tragen. Dabei scheidet eine Finanzierung aus allgemeinen Deckungsmitteln, nicht nur wegen des Nothaushaltes, aus. Üblich ist, auch in den von Herrn Schneider-Mombaur genannten Städten Solingen, Erkrath, Hilden und Mettmann, eine Finanzierung aus dem Gebührenhaushalt "Abfallwirtschaft". Das ist gebührenrechtlich zulässig, jedenfalls gibt es bisher keine Rechtsprechung, die die Einrechnung der Kosten für die private Grünabfallentsorgung in den Gebührenerat

untersagt. Zu entscheiden ist hier allerdings, ob eine solche Vorgehensweise unter dem Aspekt der *Gebührengerechtigkeit* für vertretbar gehalten wird.

Es gibt auch im Angebotsspektrum der Haaner Abfallwirtschaft durchaus einige Leistungen, die ganz (Schadstoffsammlung, Annahme Elektroaltgeräte, blaue Tonne für Altpapier, Grundausstattung Bio-Tonne) oder teilweise (zusätzliche Bio-Tonnen, Sperrmüllabfuhr) aus dem Gebührenaufkommen quersubventioniert werden. Allen hiermit erfassten Abfällen -von Küchenabfällen bis zur Einbauküche- ist gemein, dass sie in jedem gebührenzahlenden Haaner Haushalt anfallen (können). Bei Gartenabfällen hingegen ist das anders, man denke z.B. an den Geschosswohnungsbau.

Deshalb hält es die Verwaltung absolut für vertretbar, wenn der Abfallerzeuger bei der Anlieferung seiner privaten Gartenabfälle, die derzeit durch die Kooperation mit einem Haaner Entsorgungsunternehmen ja durchaus vor Ort möglich ist, für deren Entsorgung auch bezahlt.

Sollte es aber politischer Wille sein, dem Bürgerantrag zu entsprechen und die "kostenfreie" Gartenabfall-Entsorgung zu ermöglichen, wäre auch dabei die Zusammenarbeit mit diesem Entsorgungsunternehmen, der Firma Bartz, Schallbruch, erste Option. Die Grünabfallannahme auf öffentlichen Plätzen, wie im Antrag dargestellt nach Solinger Modell, müsste zunächst auf ihre Sinnhaftigkeit untersucht und dann organisiert werden. Die kostenlose Entsorgung könnte aber ohnehin erst in der Gebührenkalkulation für 2012 berücksichtigt werden, wobei die Verwaltung im Moment nicht annähernd abzuschätzen vermag, in welcher Größenordnung sich die Kosten dafür bewegen würden.

Die Abgabe von Abfällen durch die Bürger auf dem städtischen Betriebshof ist nicht Gegenstand der Planung gewesen und könnte erst mittelfristig realisiert werden. Dazu wären die Zufahrt zur Rampe auszubauen (bisher nur provisorisch angelegt für betriebsinterne Abläufe), damit kollisionsfreie An- und Abfahrten möglich werden, weitere Containerplätze an der Laderampe anzulegen, Absturzsicherungen anzubringen etc. Zeitnah sind dafür weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen verfügbar. Die Verwaltung schließt aber nicht aus, dass sich aufgrund abfallwirtschaftlicher Entwicklungen in den nächsten Jahren (Gesetzgebung, Rohstoffmärkte) die Notwendigkeit ergibt, verschiedene Wertstoffe anzunehmen.

#### **Finanz. Auswirkung:**

./,

#### **Anlagen:**

Bürgerantrag